

|          |                                                                                                                                |             |         |
|----------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|---------|
| Quelle:  | Schleswig-Holsteinische Landeszeitung, Mittelholstein vom 24.05.2025, S. 10 (Tageszeitung / täglich ausser Sonntag, Rendsburg) |             |         |
| Auflage: | 20.734                                                                                                                         | Reichweite: | 48.310  |
|          |                                                                                                                                | Ressort:    | Lokales |

# Günstigere Energie – weniger Bürokratie

Beim Mai-Meeting des Unternehmensverbandes Mittelholstein wurden klaren Forderungen formuliert

Gero Trittmaack

**RENSBURG** Obwohl die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurzeit nicht gerade rosig sind, herrschte beim traditionellen Mai-Meeting des Unternehmensverbandes Mittelholstein am Donnerstagabend eine gelassene Stimmung. Das Zoll-Theater aus den USA, die lähmende Bürokratie, der Arbeitskräftemangel und die hohen Energiekosten hierzulande prägten dennoch die Vorträge und auch die Gespräche unter den rund 250 Gästen.

Das Treffen fand in den Räumen der Norddeutschen Gesellschaft für Diakonie in den Rendsburger Werkstätten statt. Martin Seehase, der Vorsitzende der Geschäftsführung, nutzte die Gelegen-

heit, die NDG vorzustellen, die sich an 450 Standorten mit 5877 Beschäftigten für eine vielfältige Teilhabe einsetzt – und damit nicht nur ihren diakonischen Zweck verfolgt, sondern auch mit einem Umsatz von rund einer halben Milliarde Euro die Wirtschaft in der Region ankurbelt.

## Hohe Erwartungen an neue Bundesregierung

Ulf Michel, der Vorsitzende des Unternehmensverbandes Mittelholstein, formulierte in seiner Begrüßungsansprache die hohen Erwartungen an die neue Bundesregierung: „Für eine starke Wirtschaft braucht es jetzt klare Entscheidungen, nachhaltige Reformen und den festen politischen Willen zu



Ulf Michel, Vorsitzender des Unternehmensverbandes Mittelholstein, wies bei dem Treffen in Rendsburg unter anderem darauf hin, wie nötig der Bürokratieabbau sei. Fotos: Gero Trittmaack

Veränderungen.“ Als Prioritäten nannte Michel den Kampf gegen die Bürokratie und die Stärkung der Tarifautonomie. Für Tariflöhne und den Mindestlohn seien die Sozialpartner zuständig, nicht die Politik. Die vom Grundgesetz geschützte Tarifautonomie darf von der Politik nicht weiter mit Füßen getreten werden“, so Michel.

Auch die regionalen Herausforderungen sprach Ulf Michel an: Die Situation rund um den Kanaltunnel habe sich zwar verbessert, sei aber nach wie vor unbefriedigend. Positiv bewertete er die Entwicklungen am Wohnungsmarkt. So sollen in der ehemaligen Eiderkaserne und in Büdelsdorf 370 neue Wohnungen entstehen. Michel: „Wenn wir Fachkräfte aus anderen Regionen gewinnen

wollen, brauchen wir noch mehr attraktiven und bezahlbaren Wohnraum.“

## Kritik an Donald Trump

Im Mittelpunkt des Abends stand ein Vortrag von Prof. Dr. Stefan Kooths, dem Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am Kieler Institut für Weltwirtschaft. Er ging auch auf die „Chaostage in den USA“ ein. „Die Verhandlungen über Zölle mit allen Ländern der Welt werden ihnen schnell auf die Füße fallen. Und der Widerstand kommt schon jetzt aus dem eigenen Land. Wenn man gleichzeitig Gas gibt und die Bremse tritt, macht der Motor das nicht lange mit“, so Kooths. „Das ist eine dämonische Politik.“

Was die Wirtschaft in Deutschland jetzt von der Politik brauche, seien weniger Bremsen. Statt zu versuchen, mit viel Geld Schwung zu erzeugen, müsse es weniger Regulierungen geben. Auch seien die erneuerbaren Energien schlicht zu teuer. „Sie sind für uns ein Kostenfaktor wie in keinem anderen Land. Da muss eine zweite Säule her.“ Kritik übte Kooths auch an der Forderung, die Deutschen müssten mehr arbeiten, und der Entscheidung, für Rüstung neue Schulden zu machen. „Natürlich müssen wir uns schützen. Aber das Budget für die Bundeswehr muss aus dem Haushalt kommen. Als eine der ersten Prioritäten.“ Die EU-Regelung, dass die Schulden nicht über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen dürfen, habe Deutschland längst gerissen. Mittelfristig steuere die Quote auf 80 Prozent zu.

Der Wissenschaftler hatte 81 Folien für seinen Vortrag vorbereitet. Und obwohl er wegen der Zeitvorgabe von 45 Minuten die meisten davon übersprang, bekamen die Zuhörer eine große Menge an Fakten, Erläuterungen, Einschätzungen, Vorschlägen – und auch Warnungen zu hören. „Ich hoffe, ich habe Ihnen nicht den Appetit verderben“, sagte er zum Abschluss. Das war offensichtlich nicht der Fall, wie der Andrang am abschließenden Buffet zeigte.



Prof. Dr. Stefan Kooths hatte stolze 81 Folien für seinen Vortrag mitgebracht.